

Mitte Februar hatte die Charité die heute ungewöhnlich erscheinende Anordnung getroffen, dass bei allen Influenza-Tests auch auf SARS-CoV2 getestet werden soll. Nur durch diese andernorts unübliche Vorgehensweise konnte der erste Berliner Fall am 1. März 2020 diagnostiziert werden. Diese Vorgehensweise wurde für die Folgezeit charakteristisch.

SOUTHERNDORF/REXUS

Basierend auf einer wissenschaftlichen Beratung, zusammen mit sehr kurzfristigen eigenen Entscheidungen, entwickelte sich die Universitätsmedizin zu einem Schrittmacher in der Berliner Corona-Bekämpfung. Beispiele dafür sind die personelle Unterstützung der Senatshotline, die Eröffnung der ersten Corona-Untersuchungsstelle, die Etablierung zusätzlicher Intensivkapazitäten – durch den Rückbau der Campusklinik in weniger als zehn Tagen zu einem 73-Betten-Intensivkrankenhaus mit der Option auf eine Erweiterung auf bis 199 Intensivbetten –, die rechtzeitige Beschaffung von Beatmungsgeräten und die Steuerung der Intensivkapazitäten der Stadt im Netzwerk SAVE-Berlin durch die Charité als Referenzzentrum für schwerste Fälle. Bis heute wurden und werden 170 Patienten intensivmedizinisch behandelt, 140 durch Beatmung und 33 an der ECMO, eine Maschine, die teilweise oder vollständig die Atemfunktion von Patienten übernimmt. Dies war nur möglich, da alle elektiven Eingriffe verschoben und OP-Programm und Belegung um die Hälfte heruntergefahren wurden.

Nur so konnte die Verfügbarkeit von ausreichend kompetentem Pflegepersonal gesichert werden. Es blieb die Erkenntnis, dass die maximale Behandlungskapazität personell kaum zu bewerkstelligen sein würde, auch unter Mobilisierung aller Reserven, etwa durch Medizinstudentinnen und -studenten mit einem Pflegehintergrund.

Daher bereitete es Sorge, dass die Zahl der SARS-CoV-2-infizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den ersten Wochen rasch anstieg. Wie auch andernorts war die gesicherte Versorgung mit Masken und Schutzausrüstung kritisch, selbst die mit Desinfektionsmitteln. Sobald es irgendwie ging, wurde ab 25. März eine allgemeine Masken-Tragepflicht eingeführt, was zu einer deutlichen Abflachung der Mitarbeiterinfektionen führte. Um einen Überblick über das Infektionsgeschehen innerhalb des Personals zu gewinnen und um eine eventuelle Immunisierung durch

Es besteht Behandlungsbedarf

Die Charité und die Pandemie: Was haben wir gelernt, was wird sich ändern müssen?

Von Ulrich Frei und Heyo K. Kroemer

bereits gebildete Antikörper zu erfassen, wurde eine Querschnittuntersuchung des gesamten klinischen Personals und darüber hinaus einer kleineren Stichprobe patientenferner Bereiche durchgeführt. Insgesamt wurden mehr als 7500 Mitarbeitende auf das Virus und Antikörper getestet.

Das Ergebnis war entlastend. Nur 0,37 Prozent waren positiv auf SARS-CoV-2, aber auch nur weniger als 2 Prozent wiesen Antikörper auf. Auch bei exponiertem Personal hatte sich also keine sogenannte „Herdenimmunität“ entwickelt.

Dennoch war die Erkenntnis dieser Untersuchung, dass das Krankenhaus ein sicherer Ort ist und dass es nicht ratsam ist, aus Furcht vor Ansteckung dort keine Hilfe zu suchen. Sich nicht behandeln zu lassen, mag am Ende weit schwerwiegendere Konsequenzen haben, als das minimale Risiko einer Infektion einzugehen.

Konnte in der Charité wie auch in ganz Berlin und in Deutschland die Corona-Pandemie weitgehend gut kontrolliert werden, so gab eine andere Beobachtung Grund zur Sorge. Die Bevölkerung mied die Krankenhäuser und die Arztpraxen. Es wurde ein Fallrückgang um ein Drittel beobachtet, auch bei schwerwiegenden Erkrankungen wie Schlaganfall und

Myokardinfarkt. Da nicht anzunehmen war, dass die Berliner Bevölkerung über Nacht gesünder geworden sei, musste man sich große Sorgen um die verschleppten Erkrankungen machen, wie sich auch bei Krankenhausaufnahmen mit schweren Komplikationen zeigte.

Jetzt, wo die Auflagen gelockert werden, ist es Zeit, sich wieder der bedarfsgerechten Behandlung der Bevölkerung zuzuwenden. Es besteht immer weniger Verständnis dafür, warum so große Kapazitäten für Covid-Patienten freigehalten werden, obschon deren Zahl immer weiter abnimmt. Die Zahl von 35 Prozent aller Intensivbetten, die freizuhalten sind für Covid-Patienten, ist angesichts der Entwicklungen deutlich zu hoch gegriffen und bedarf einer Neubewertung. Insbesondere, da inzwischen alle Häuser ihre Intensivkapazitäten kennen, in der Lage sind, schnell zu reagieren, und zumal ein Fallzuwachs für die Intensivmedizin über Wochen vorauszu sehen ist. Die restriktiven Vorgaben gehen leider zu Lasten von Patientinnen und Patienten, die einen dringenden Behandlungsbedarf haben, und vergrößern darüber hinaus die Defizite vor allem der Maximalversorger-Krankenhäuser, die mit einem desaströsen Jahr zu rechnen haben.

Wir haben in der Pandemie gelernt, dass die Charité als Teil eines robusten Gesundheitssystems schnell, unkompliziert und effektiv wesentliche Beiträge zur Versorgung der Menschen in Berlin leisten kann. Zum Glück wurden die Grenzen nicht ausgetestet. Wenn es so weit gekommen wäre, hätten wir erfahren, dass der bereits vor der Pandemie bestehende Pflegenotstand sich zum kritischen Engpass entwickelt hätte. Auch wenn die Charité bis jetzt gut durch diese Krise gekommen ist, müssen wir den weiteren Verlauf der Pandemie mit maximaler Aufmerksamkeit verfolgen, intensiv forschen und neue Technologien schnell in die Versorgung integrieren.

Wir sollten uns Gedanken machen, wie ein Medizinsystem aussehen muss, das mit zukünftigen Herausforderungen im Bereich von Infektionen und Pandemien erfolgreich umgehen kann, ohne dass – wie in den vergangenen Monaten – Teile der übrigen Krankenversorgung heruntergefahren werden müssen. Notwendig sind sicher Vorhaltekapazitäten insbesondere im Intensivbereich. Dafür muss das derzeitige Vergütungssystem der Fallpauschalen, bei dem lediglich erbrachte Leistungen bezahlt werden, ergänzt und adaptiert werden.

Aufs Ganze sollte der Staat wieder eine mehr strukturierende Rolle in der stationären Krankenversorgung übernehmen und dabei intensiv auf seine eigenen Ressourcen zurückgreifen. Die Universitätskliniken verfügen über etwa ein Fünftel der bundesweiten Intensivkapazität und sollten ein Netzwerk bilden, mit dem eine zweite Welle einer Pandemie erfolgreich überstanden werden kann.



PROF. DR. ULRICH FREI

ist Vorstand Krankenversorgung der Charité-Universitätsmedizin Berlin.



PROF. DR. HEYO K. KROEMER

ist Vorstandsvorsitzender der Charité-Universitätsmedizin Berlin. 2018 wurde er zum Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina gewählt.

Grenell geht, die Probleme bleiben

Deutschland wird seine Amerika-Politik überdenken müssen. Auch ohne Trump | Von Thomas Kleine-Brockhoff

Der Westentaschen-Trump geht, die Probleme bleiben. Mag Berlins politische Szene auch aufatmen, dass der persönliche Botschafter des amerikanischen Präsidenten die deutsche Hauptstadt verlässt, so hängt das transatlantische Verhältnis – um die traurige Bildersprache dieser Tage zu benutzen – am Beatmungsgerät, immer noch.

Es wäre leicht, nachzutreten. Gewiss, Richard Grenell war vieles, aber kein Diplomat, eher ein Un-Diplomat, ein Terrier im Angriffsmodus; einer, der in seiner Vizekönig-Attitüde das Gebot der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes geflissentlich zu ignorieren pflegte; einer, dem egal war, dass er in Deutschland keine Freunde erwarb, solange er den einen Freund drüben in den Vereinigten Staaten behielt. So weit, so bekannt.

Weniger beachtet sind die Gründe, warum wir Deutschen Grenell vermissen werden, jedenfalls ein klein bisschen. Schon immer war es wichtig, am Brandenburger Tor einen Emissär zu wissen, der das Ohr seines Präsidenten hatte. Das besaß

Grenell zweifellos. Er hat den Deutschen geholfen, Trump nicht misszuverstehen, ja, ihn überhaupt ernst zu nehmen. Erinnern wir uns der Legionen von Experten, die behaupteten, so schlimm werde es schon nicht kommen, die „Erwachsenen“ im Weißen Haus und all die Bürokraten Washingtons würden Trump schon zähmen, sodass am Ende die ewigen Interessen Amerikas an transatlantischer Harmonie obsiegten. Nicht auf Geschrei und Tweets solle man achten, sondern auf die Politik. Grenell hat den Deutschen nähergebracht, und zwar nachhaltig, dass zwischen Trumps Tweets und seiner Politik kaum ein Unterschied besteht, jedenfalls nicht auf Dauer.

Zumindest in einigen Politikfeldern hat Grenell den Deutschen wie niemand sonst den Spiegel vorgehalten. Nicht zuletzt durch sein Wetter war es unmöglich zu übersehen, wie weit sich Deutschland von den Vereinigten Staaten entfernt hatte – und nicht nur umgekehrt. Etwas muss ja nicht gleich grundsätzlich falsch sein, weil es von Donald Trump stammt und von Richard Grenell wiederholt und dabei weiter

brachialisiert wird. Dass Deutschland sich bis heute in angemessener Weise der solidarischen und gerechten Finanzierung des eigenen Verteidigungsbündnisses verweigert, hat niemand zündend formuliert als Grenell. Auch bei ein paar anderen Themen sind ihm Treffer gelungen: bei der Kritik von Deutschlands unilateraler Energiepolitik etwa oder dem Hinweis auf Deutschlands gespielte Naivität gegenüber der Sicherheitsbedrohung, die das totalitäre China darstellt.

Das war's dann aber auch. Einen Treffer zu setzen, bedeutet nicht notwendig, Wirkung zu erzielen. Dieser Verwech-



THOMAS KLEINE-BROCKHOFF

leitet das Berliner Büro des German Marshall Fund of the U.S., verantwortete Planung und Reden bei Bundespräsident Gauck und ist Autor von „Die Welt braucht den Westen“ (Edition Körber).

lung unterliegt Grenell bis heute. Und mit ihm die Claqueure von Amerikas rechtswidrigen Propaganda-Apparaten, die sich fälschlich Medien nennen. Die tröten nämlich seit Tagen die Mär vom erfolgreichen Botschafter heraus, dem mit seiner unorthodoxen Methode gelungen sei, Deutschlands politisches Handeln zu verändern. Dabei hat Deutschland nicht deshalb endlich begonnen, seinen Verteidigungshaushalt langsam zu erhöhen, weil Trump und mit ihm Grenell so laut danach gerufen hätten, sondern obwohl sie es taten. Es war die Veränderung der geopolitischen Lage (Stichwort: Russlands Landnahmen), die Deutschland bei aller Bereitschaft zum Wegschauen nicht länger übersehen konnte. Trump und Grenell haben diesen Erkenntnisprozess durch ihr Getrommel nur erschwert. Ihnen zuzustimmen, wurde in Berlin zum politischen Todeskuß.

Aber nicht nur Grenell gefällt sich in süßem Selbstbetrug. Auch viele Deutsche, Berliner Politikeliten zumal, bauen sich die Welt, wie sie ihnen gefällt. Nicht wenige glauben, sie erlebten endlich den

Auftakt zur Serenade der Abschiede. Was mit Grenell begonnen habe, werde mit Trump weitergehen – und am Ende werde alles wieder gut. Zunächst einmal ist keineswegs klar, dass Trump die Präsidentschaftswahl verlieren wird. Und wenn nicht, wird Deutschlands Politik des Aussetzens an ihr Ende gekommen sein. Aber sogar wenn Joe Biden die Präsidentschaft erringt, wird nicht alles automatisch gut, jedenfalls nicht, solange sich nicht auch Deutschland bewegt.

In Wahrheit haben es Trump und sein Berliner Verstärker so wunderbar einfach gemacht, sich nicht bewegen zu müssen. Deren schrille Maßlosigkeit machte das „Nein“ zum präferierten Politik-Modus. Sollte Bidens Internationalismus Trumps Nationalismus ersetzen, muss Deutschland wieder zuhören lernen, sich auf Kompromisse einlassen, die (Sicherheits-)Sorgen der Weltmacht mitdenken und ernst nehmen.

So viel zumindest ist nach der Demission Grenells klar: In den kommenden Monaten wird Deutschland seine Amerika-Politik überdenken müssen. So oder so.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (†), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (†), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Walther (†), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM DER HAUPTSTADTBRIEF am Sonntag erscheint wöchentlich in der Berliner Morgenpost | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Dippendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Kolumne: Günter Bannas | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © DER HAUPTSTADTBRIEF 2020

BERLIN

SCHINKELPLATZ

Ihre historische Chance mit Blick auf das Berliner Stadtschloss

Bewerben Sie sich für eine von zehn Stadtresidenzen im kulturellen Zentrum Berlins – Leben in direkter Nachbarschaft der Museumsinsel.

www.berlin-schinkelplatz.de
+49 030 364 102 118

FRANKONIA

DIE KOLUMNE AM SONNTAG

Spucken



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

In Sachen Corona-Pandemie werden von Bundes- und Landesregierungen die widerständigen Proteste ernst genommen, die anhalten, obwohl oder weil – Masken hin, Desinfektion her – die „Lockierungen“ ausgiebig genutzt werden. Ob sich, da die Biergärten geöffnet sind, die U-Musik wieder einmal einer Krise bemächtigt? Klar ist: Alles ist politisch – sogar das deutsche Liedgut. Gottseidank: Der 30. Mai wäre schon einmal heil überstanden. Am 30. Mai ist der Weltuntergang, wir leben, wir leben nicht mehr lang* war ein beliebter Gute-Laune-Schlager: Herr Ober, noch ein Glas! 1954 war das, als sich Kriegesängste breit machten. Unausgesprochen erinnerte der Gassenhauer an eine Heimsuchung schlimmster Art. Am 30. Mai 1942 waren weite Teile Kölns von einem 1000-Bomber-Angriff dem Erdboden gleichgemacht worden, dem ersten seiner Art. Vergessen wollen ist menschlich. Krisen riefen oft in der Geschichte Verschwörungstheorien hervor, wobei es sich eigentlich nicht um Theorien, sondern um Quatsch oder Lügen handelt. Während der „Flüchtlingskrise“ 2015/16 glaubten bestens ausgebildete und im Beruf erfolgreiche Leute fest daran, Angela Merkel besitze in Paraguay eine Ranch als Zufluchtsort – angrenzend an ein Anwesen der amerikanischen Präsidentschaftsfamilie Bush. Heute geht es um Bill Gates. Ob man darüber weinen oder lachen kann, sollte, muss?

Als wegen der sowjetischen Vor- und der amerikanischen Nachrüstung zu Beginn der 1980er-Jahre eine atomare Untergangsstimmung um sich griff und auch noch das „Waldsterben“ dazukam, standen „Ein bisschen Frieden“, „Besuchen Sie Europa, solange es noch steht“ und „Hurra, wir leben noch“ oben in den Charts. Auszüge: „Wie stark ist der Mensch?“ Und: „Wie viel Ängste, wie viel Druck kann er ertragen?“ Optimistischer Ausblick: „Nach all dem Dunkel gibt es wieder Licht.“ Doch das Oktoberfest 2020 wurde schon gecancel. Ob es zum Karneval 2021 kommen wird, steht in den Sternen. Maskenbälle (Motto: „Tanz der Aerosole“) mit Alu-Hüten und Abstandsgeboten? Angesichts der vielen „Schutzschirme“ könnte ein Uralt-Schlager aus der Zeit der 1948er-Währungsreform neu aufgelegt werden: Frage 1: „Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?“ Frage 2: „Wer hat so viel Pinke-Pinke, wer hat so viel Geld?“ Oder kommt Mut auf – schenkelklopfend und wider alle Sozialkritik? Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt!